

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur innenpolitischen Lage

Das Leben auf den Fronten der eidgenössischen Innenpolitik, das seit der denkwürdigen Doppelabstimmung vom 20. Juni keine größeren Aktionen mehr entfaltete, beginnt wieder lebhaftere Formen anzunehmen. Am 20. September werden die eidgenössischen Räte zu ihrer *Herbstsession* zusammentreten, und die bis dahin noch offene Zeit wird zur Vorbereitung der verschiedenen Traktanden in den parlamentarischen Kommissionen benutzt. Die wichtigsten Geschäfte der Session betreffen die endgültige Stellungnahme zur Rheinau-Initiative, zu den Sparinitiativen und zum Gegenvorschlag des Bundesrates zur Initiative des Gewerkschaftsbundes über die Stabilisierung der Preiskontrolle, insbesondere des Mieterschutzes.

Der Bundesrat hat inzwischen die *Volksabstimmung* über die *Finanzordnung 1955 bis 1958* auf den 24. Oktober festgesetzt, während ursprünglich bereits das Datum vom 26. September vorgesehen war. Die Gründe für diese Verschiebung scheinen in dem Umstand zu liegen, daß die Behörden eine längere Periode für die Aufklärung über die Vorlage für erforderlich halten. Nun läßt sich freilich sagen, daß eine wesentliche Opposition gegen die unveränderte Weiterführung der bisherigen Ordnung, wie der Bundesbeschuß sie vorsieht, nirgends bemerkbar wurde. Man ist aber durch Erfahrungen gewitzigt und in Bern offenbar der Meinung, daß es besser sei, sich vorzusehen und eine längere Frist für die positive Aufklärung ablaufen zu lassen, weil die Oppositionsstimmung unter der Bevölkerung nach wie vor äußerst lebendig ist, wie sich zuletzt am 20. Juni gezeigt hat. Dazu kommt, daß die Vorschläge, welche das Eidgenössische Finanzdepartement für den Erlass des Ausführungsbeschlusses zu dieser Finanzordnung den Verbänden und der Öffentlichkeit unterbreitet hat, in den Linkskreisen auf eine heftige Opposition gestoßen sind. Dies betrifft insbesondere die Erwägung, daß eine Herabsetzung des Steuersatzes der Luxussteuer von 10 auf 6 Prozent vorzusehen sei. Dieser Vorschlag stützt sich in einwandfreier Weise auf Art. 5 des Bundesbeschlusses über die Finanzordnung, welcher die Bundesversammlung ermächtigt, Steuerbeschlüsse dieser Finanzordnung insoweit abzuändern, als damit nicht eine Ertragsvermehrung angestrebt wird. Die Gegnerschaft der Linken zu dieser wirklich bescheidenen Erleichterung — eine Gegnerschaft, an der sogar ein ehemaliger Bundesrat erheblichen Anteil nimmt — erscheint vollends unverständlich, wenn man erwägt, daß die Einnahmen des Bundes im ersten Halbjahr 1954 gegenüber den Ergebnissen früherer Jahre eine bedeutende Zunahme erfahren haben. Sie haben nämlich über eine Milliarde Franken erreicht, was in der Rechnung des Bundes noch nie vorgekommen ist. Angesichts dieses ausgezeichneten Ergebnisses sollte gerechterweise nicht nur der Weg für diese, sondern vielmehr darüber hinaus der Weg für weitergehende Milderungen freigemacht werden. Es wäre denn auch eine

gewisse Erleichterung bei der Wehrsteuer oder dann wenigstens bei der Ergänzungssteuer auf dem Vermögen in Erwägung zu ziehen. — Trotz den offensichtlichen Differenzen in der Beurteilung der künftigen Finanzpolitik ist jedoch anzunehmen, daß der Bundesbeschuß über die Finanzordnung 1955 bis 1958 die Volksabstimmung in positivem Sinne passieren wird, während die erwähnten Differenzen bei der Gestaltung des Ausführungsbeschlusses zum Austrag kommen werden.

Wie stark die Stimmung der Opposition im Volke geworden ist, zeigt sich auch an der nicht unbeträchtlichen Zahl von Unterschriften, welche für die in der Westschweiz lancierte *Initiative Chevallier* abgegeben worden ist. Diese will bekanntlich die künftigen finanziellen Aufwendungen für unsere Armee um die Hälfte kürzen. Es ist erfreulich, festzustellen, daß sich nach einer gewissen Periode der Erregung, in der sogar der Vorschlag gefallen war, das Militärdepartement an der Spitze vorübergehend mit der Person des Generals zu besetzen, eine sichere Abwehrfront gebildet hat, deren Festigkeit dauernd im Zunehmen ist. Natürlich wird die Bekämpfung dieses unverantwortlichen Vorstoßes weitgehende Anstrengung erfordern und wohl auch zu einer Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung unserer militärischen Rüstung führen, eine Auseinandersetzung, die nicht schaden kann, wenn sie sachlich bleibt. Wie diese Auseinandersetzung sich aber auch gestalten möge, so ist zu hoffen, daß man nicht etwa auf den absurd Gedanken verfällt, den unzufriedenen Kreisen gewissermaßen zur Beschwichtigung ein Opfer an höchster Stelle darzubringen. Das wäre nicht nur ungerecht, und zwar aus ganz persönlichen Gründen ungerecht, sondern auch aus allgemeinen politischen Erwägungen völlig unzweckmäßig.

Im Juli ist das «*Friedensabkommen*», die bekannte Vereinbarung zwischen den Berufsverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Maschinen- und Metallindustrie, um weitere fünf Jahre, nämlich bis zum 19. Juli 1959, verlängert worden. Dies ist ein sehr erfreuliches Faktum, das festgehalten zu werden verdient. Das Abkommen wurde am 19. Juli 1937 begründet, und man kann wohl sagen, daß dieser Abschluß in der Gestaltung der sozialen Komponente im politischen Leben unseres Landes eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, und zwar im Sinne der Überwindung des Klassenkampfes. Beiläufig mag man auch daran erinnern, daß das Flugblatt, in welchem die Gewerkschaft der Metallarbeiter seinerzeit den Arbeitern die Annahme des Abkommens nahelegte, die Wendung enthielt, es gelte, «ohne staatliche Intervention die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft zu regeln». Das Abkommen wurde in den Jahren 1939, 1944 und 1949 jeweils um 5 Jahre verlängert. Grundgedanke der Vereinbarung ist die Festlegung der absoluten Friedenspflicht. Bei den jeweiligen Verlängerungen wurden Ergänzungen getroffen, die für die Arbeiterschaft Vorteile brachten. Die heutigen Verbesserungen betreffen im wesentlichen den Einbau der Teuerungszulagen in die Löhne, eine verbesserte Ferienregelung und eine Neuregelung der Kündigungsfristen. Das «*Friedensabkommen*» ist der starken und unermüdlichen Initiative zweier Männer zu verdanken, des unvergessenen Dr. Ernst Dübi, ehemals Präsident der von Rollschen Eisenwerke in Gerlafingen, auf der Arbeitgeberseite, und auf der Seite der Arbeitnehmer dem ehemaligen Präsidenten des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Dr. h. c. Konrad Ilg, welcher im August dieses Jahres, kurz nach der Verlängerung des Abkommens, nach einem reichen und verdienstvollen Leben, das er den Interessen der Arbeiterschaft und der Überwindung des Klassenkampfes zugleich widmete, gestorben ist.

Kommunistische Propaganda in der Schweiz

Der Kommunismus steht heute auf der ganzen Welt in einer Propagandaoffensive wie noch nie seit dem Abschluß des zweiten Weltkrieges. Dabei sind es nicht so sehr die offiziellen kommunistischen Parteien und ihre Presseorgane, die diesen Propagandafeldzug führen, sondern all die zahlreichen getarnten Organisationen, die in der Maske des Biedermanns alle die großen Weltprobleme gepachtet haben und sie ausbeuten zur Unterminierung der freien Welt. Mit perfider Folgerichtigkeit wird zum Beispiel heute von der sogenannten «Friedensbewegung» die berechtigte Sorge ob der Zerstörungsgewalt der neuesten Atomwaffen in den Dienst dieser kommunistischen Propaganda gezwungen.

Die Schweiz liegt in diesem geistigen Kampf des «Kalten Krieges» keineswegs abseits und auch nicht nur am Rande, sondern, wie aus einigen Vorkommnissen der letzten Zeit hervorgeht, mitten drin. Im Zürcher Volkshaus wurde kürzlich eine «Kundgebung für das Verbot der Wasserstoffbombe» durch die Partei der Arbeit veranstaltet, an welcher der als Nachfolger von Professor Fritz Lieb in der Leitung der «Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion» bekannte Kryptokommunist Dr. Konrad Farner die Atombombe — natürlich nur die amerikanische — als den Ausfluß eines «Klassenkampfes im Weltmaßstab» brandmarkte und die schweizerische Presse der Kriegshetze und der Lügenpropaganda zieh. Sekundiert wurde er von der Tochter Hermann Greulichs, Frau Medici-Greulich, die sich in die Behauptung verstieß, der Krieg in Korea sei «nach Abmachung mit den Vereinigten Staaten von Südkorea begonnen worden», aber die Presse, inbegriffen die schweizerische, habe bis heute die große Lüge der amerikanischen Propaganda nachgeplappert und die «tolle Hexenpropaganda gegen den friedliebenden Kommunismus» mitgemacht. Die Rednerin rief sogar den Geist ihres Vaters herauf, der beglückt gewesen wäre, wenn er die «Menschwerdung in der Sowjetunion» hätte sehen dürfen. Wie wenn Greulich nicht gegen die kommunistische Staatsklaverei und die Unterdrückung aller menschlichen Freiheit seinen flammenden Protest erhoben hätte. Die ganze Veranstaltung zeigte deutlich, daß es diesen «kommunistischen Friedenspartisanen» gar nicht so sehr um den Frieden und um die Atombombe geht, sondern um die Ausbeutung der Angst zahlreicher, an sich gutgläubiger Menschen des Westens. Bezeichnend war das Geständnis von Dr. Farner, die «Friedensbewegung» sei «der größte politische Feldzug aller Zeiten», ein Feldzug, so darf man hinzufügen, im Dienste des totalitären Imperialismus Moskaus¹⁾.

Am 30. Mai fand in Genf eine außerordentliche Sitzung des «Nationalkomitees der Schweizerischen Friedensbewegung» statt, an welcher der vom Bundesstrafgericht wegen verbotenen Nachrichtendienstes verurteilte Professor André Bonnard sprach, neben dem berüchtigten Leiter der «Centrale sanitaire suisse», Dr. Hans von Fischer. Der Sekretär des Komitees, Robert Tüscher, orientierte über die Berliner Sitzung des Weltfriedensrates, während die andern Redner gegen die übertriebene Aufrüstung der Schweiz und für ein Verbot der Atomwaffen sprachen. Was besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, ist die Tatsache, daß zu dieser Sitzung Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz eingeladen wurden, die überhaupt nichts mit der Friedensbewegung zu tun haben. Es handelte sich ganz offensichtlich um den Versuch, unter den durch die Berichte über die H-Bombenexplosionen besorgt gewordenen Intellektuellen neue Parteigänger für die getarnten kommunistischen Bestrebungen zu rekrutieren. Der Zeitpunkt der Veranstaltung war ebenfalls raffiniert gewählt, fiel sie doch zusammen mit jener Episode der Genfer Konferenz, da sich ein bescheidenes taktisches Nachgeben der östlichen Delegationen zeigte.

Auch auf kulturellem Gebiete verstärken die getarnten kommunistischen Or-

ganisationen in unserem Lande ihre Propogandaarbeit. Russische Musiker tauchen auf den Konzertbühnen der Schweizer Städte auf, russische Propogandafilme werden vorgeführt. Vor kurzem bereiste eine Delegation schweizerischer Pädagogen die Sowjetunion; ihre Beobachtungen füllen nun die Spalten namhafter Blätter und erfüllen so den Zweck, den man ihnen im Rahmen der prosowjetischen Propaganda zugesetzt hat, indem sie zur Verharmlosung der kommunistischen Staatsklaverei in Rußland beitragen²⁾. Nicht den letzten Programmpunkt in dieser Propagandaoffensive stellt der «Sportaustausch» dar. Daß es auch hier um eine mehr oder weniger getarnte Beeinflussung unserer Öffentlichkeit für die kommunistische Sache geht, beweist die kürzlich im Zürcher Kongresshaus und anschließend im Kursaal in Bern von der «Gesellschaft für Kultur und Volk» veranstaltete Ausstellung «Der Sport in Ungarn». An drei Stellen war hier zuhanden der Besucher ein 40seitiges illustriertes Heft zur Feier des siegreichen Spiels der ungarischen Fußballmannschaft gegen England im letzten Jahr aufgelegt. Darin war zu lesen: «Der ungarische Sieg ist mehr als ein einfacher Sieg. Er verkündet den Sieg des von einem neuen Geist durchdrungenen Sports, der neuen Lebensform und ist ein Fürsprecher der Wahrheit der volksdemokratischen Länder»³⁾. Daß diese Ausstellung gleichzeitig mit den Fußballweltmeisterschaften stattfand, in welchen die ungarische Nationalmannschaft unter den Favoriten um den Meistertitel kämpfte, erhöhte ihre propagandistische Anziehungskraft, vor allem für die sportbegeisterten, ahnungslosen Jugendlichen.

Wie weit die Achtlosigkeit weiter Kreise in unserem Land gegen diese kommunistische Propaganda geht, zeigte der Fall der kommunistischen Dissertation von *Heinz Egger* an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Die Doktorarbeit unter dem Titel «Die Entstehung der Kommunistischen Partei der Schweiz und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz» wurde von der Fakultät genehmigt⁴⁾. Sie erschien hierauf in Buchform mit einem Vorwort versehen, aus welchem die zynische Geisteshaltung des Kommunisten hervorgeht, dem es gelungen ist, die akademische Lehrfreiheit schamlos zu mißbrauchen. Eine Dissertation bedürfe einer gewissen akademischen Form, lesen wir hier. «Ich konnte darum nicht so schreiben, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Aber eine gute Eigenschaft des kritischen Lesers besteht ja darin, daß er auch zwischen den Zeilen zu lesen versteht.» Zwischen den Zeilen des wissenschaftlichen Elaborates von Egger läßt sich vom Anfang bis zum Ende eine Verherrlichung der Partei lesen, die seit ihrem Bestehen unseren Staat, unsere Rechtsordnung mit allen Mitteln bekämpft, in den Schmutz gezogen und kompromißlos verneint hat. Vom Staat, der dem Kommunisten Egger die Gelegenheit gab, an einer Hochschule in Freiheit zu studieren, heißt es: «Durch Ausnahmegesetze, Militäraufgebote usw. gegen das kämpfende Proletariat wird der wahre Klassencharakter der sogenannten schweizerischen Demokratie gekennzeichnet; sie ist nichts anderes als eine geschickte Maskierung der brutalen Diktatur der Bourgeoisie. Die Befreiung des Proletariates ist auch hier nur möglich durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf dem Wege der vollkommenen Zersetzung und Zerbrechung der Unterdrückungsorgane des kapitalistischen Staates und der Errichtung der proletarischen Diktatur.» Es ist wirklich unverständlich, wie eine öffentliche, vom Staat unterhaltene Lehranstalt eine in diesem Geist geschriebene Arbeit, mag sie noch so schön durch eine akademische Form getarnt sein, als Doktorarbeit genehmigen konnte!

Der mit dem akademischen Nimbus ausgezeichnete Genosse Heinz Egger wurde von seinen Gesinnungsfreunden für seine «wissenschaftliche» Tat entsprechend belohnt. Egger hat in der GSS praktisch die Nachfolge von Lehrer Hümblin angetreten. Er hat heute die maßgebendste Funktion der Ortsgruppe Zürich und damit der deutschen Schweiz inne, abgesehen von Basel und Bern. Als Betreuer des Zürcher Sekretariates ist er außerdem automatisch Vorstandsmitglied

der GSS. Im Zusammenhang mit der «Dissertation» Eggers und ihrer von der kommunistischen «Genossenschaft Literaturvertrieb» in Zürich verlegten Buchausgabe wurde der Schleier über eine Firma gelüftet, die sich, getarnt durch die Herausgabe der unpolitischen Zeitung «Sihltalbote», gleichsam zur Hofdruckerei der kommunistischen Propagandaorganisationen emporgearbeitet hat. Es handelt sich um die Buchdruckerei *Adolf Fehr* in Oberleimbach. Diese druckte nicht nur die Dissertation Eggers und deren Buchausgabe, sondern auch den kommunistischen «Zeitdienst» des Linksextremisten *Hugo Kramer* in Genf sowie die Flugblätter für eine Filmveranstaltung im Volkshaus Zürich vom 6. April dieses Jahres über eine «Große russische Sportschau», die von der «Sovfilm», einer anderen kommunistischen Tarnorganisation, veranstaltet wurde⁵⁾.

Im offiziellen Organ der Studentenschaften der Universität Zürich und der ETH, *Zürcher Student*, wurde im übrigen zum wissenschaftlichen Gehalt der Doktorarbeit Eggers in interessanter Weise Stellung genommen. Dr. *Fritz Heeb* kommt in einer Betrachtung zum Schluß, die Dissertation sei als wissenschaftliche Arbeit berechtigt. Wenn man aber in diesem Artikel unter anderem lesen kann: «Weil die Arbeiterklasse die Vollstreckerin eines objektiven, gesetzmäßigen Prozesses in der gesellschaftlichen Entwicklung ist, hat sie die Wissenschaft, die diesen objektiven Prozeß und seine Gesetzmäßigkeit erkennt, auf ihrer Seite» — dann weiß man sehr bald, welch Geistes Kind der Verfasser ist, er braucht nicht einmal mehr abschließend auch noch Marx zu zitieren. Zwei andere Betrachtungen dagegen kommen in objektiver Weise zu einer Ablehnung des «wissenschaftlichen» Produktes. Die eine davon stammt aus der Feder des bekannten Sozialdemokraten Dr. *E. J. Walter*, der zu Beginn der Zwanzigerjahre als Gegenpart gegen die bolschewisierende Tendenz des späteren Bundesrates *Ernst Nobs* aufgetreten ist. Walter schreibt: «Wer die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei nach dem ersten Weltkriege wie der Schreibende als aktiver Politiker miterlebt hat, ist bei der Durchsicht der Dissertation von Heinz Egger über die vielen Lücken überrascht, welche seine Darstellung bietet... Es ist zu bedauern, daß ein Mann, der seine geistige Stütze in einer überragenden Führergestalt des Auslandes (Lenin) finden mußte, um den archimedischen Punkt zu finden, der ihm die persönliche Opposition gegen seine Umwelt zu begründen gestattete, die wissenschaftliche Behandlung eines an und für sich interessanten Themas mit der Niederschrift einer Propagandaschrift verwechselt hat, welche die Entstehung der Kommunistischen Partei der Schweiz in den Jahren 1917/1920 nicht als eine suggestive Fernwirkung der revolutionären Ereignisse in Rußland und Zentraleuropa erkennen will, sondern als „historische Notwendigkeit“ zu deuten versucht»⁶⁾. Wo das wissenschaftliche Gewissen der Zensoren Eggers geblieben ist, als sie die Arbeit als Dissertation genehmigten, muß man sich ernsthaft fragen.

Alle die genannten Beispiele kommunistischer Propagandatätigkeit in unserem Land mahnen zum Aufsehen. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß sie schon schöne Erfolge erzielt haben. Erinnern wir nur an die «spontane» Aktion westschweizerischer Intellektueller im Fall Professor *Bonnard*, die von dem Kryptokommunisten *René Bovard*, Herausgeber der «Suisse contemporaine», Pazifist und

¹⁾ Vgl. dazu den Bericht in der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 1433, vom 11. 6. 1954. ²⁾ Z. B. «Der Bund», Nr. 281, von Sonntag, 20. Juni 1954, der einen Bericht des immerhin vom bernischen Staate bezahlten Professors für Indogermanistik an der Berner Universität, G. Redard, enthält. ³⁾ Vgl. dazu NZZ, Nr. 1473, vom 15. 6. 54. ⁴⁾ Heinz Egger: Die Entstehung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz, Zürich 1952. ⁵⁾ Angaben in «Der Sihltaler», Adliswil, Nr. 47, vom 24. 4. 54. ⁶⁾ Zürcher Student, 32. Jhrg., Mai 1954. ⁷⁾ Daß übrigens Prof. Bonnard heute noch Mitglied des vom Bunde subventionierten Schweizerischen Schriftstellervereins ist, grenzt an den politischen Skandal.

Mitglied der «Friedensbewegung», in Szene gesetzt wurde⁷⁾). Heute tragen die verschiedenen kommunistischen Tarnorganisationen, zusammen mit der offiziellen Partei der Arbeit, wesentlich zum Erfolg der von verantwortungslosen «Idealisten» in Lausanne gestarteten Initiative zur Herabsetzung unserer Militärausgaben um 50% bei, indem sie die Unterschriftenbogen bei ihren Anhängern verbreiten. So findet sich z. B. in einem Sondermitteilungsblatt des «Komitees für Frieden und höhere Löhne», Zürich, d. h. der zürcherischen Anhänger Léon Nicoles unter der Führung des ehemaligen berüchtigten Spanienkämpfers Otto Brunner, ein Aufruf zur Sammlung von Unterschriften, die durch das Sekretariat dieses Komitees nach Lausanne weitergeleitet werden.

Angesichts dieser Bedrohungen durch die kommunistische Propaganda gilt für alle verantwortungsbewußten Bürger unseres Landes die Parole, durch Wachsamkeit diese Anschläge auf unseren Staat und seine Institutionen zu vereiteln und durch Aufklärung die kommunistische Durchsetzungsarbeit zu verhindern.

Rudolf A. Heimann

Militärische Umschau

Der Militarismus der Deutschen Demokratischen Republik

Originalberichte von bestorientierter Seite ergeben folgendes Bild:

Am 1. Juli 1954 erklärte der Innenminister der Deutschen Demokratischen Republik, *Willi Stoph*, in einem Tagesbefehl zum «Tag der Volkspolizei»: «Die Volkspolizei entstand und entwickelt sich als die bewaffnete Kraft des vom Imperialismus und Militarismus befreiten Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik.» Diese offizielle Definition bestimmt die Volkspolizei als eine militärische Kraft. «Volkspolizei» ist ein bewußt gewählter, konventioneller Name, um das zuerst vorhandene Polizeiliche mit dem später hinzugetretenen Militärischen auf untrennbare Weise zu verwischen.

Die gewöhnliche Polizei der DDR hat mehr oder weniger die gleichen Aufgaben wie die Polizei jedes beliebigen Staates. Von ihr ist die Sicherheitspolizei zu trennen, d. h. der Staatssicherheitsdienst, welcher eine geheime Polizei darstellt. Diese ist in ihrer Praxis an keine gesetzlichen Vorschriften gebunden, vielmehr bestimmt sie in jedem Fall ihre Legitimation aus sich selbst, bzw. erhält sie dieselbe von der übergeordneten politischen Instanz, der Sozialistischen Einheitspartei, verkörpert durch deren Politbüro, oder den sowjetischen Geheimdienstbeamten, welche dem Staatssicherheitsdienst beigeordnet sind. Es bleibt die Kasernierte Volkspolizei. Für diese gilt aus dem erwähnten Tagesbefehl der Satz, daß die Angehörigen der Volkspolizei erzogen sind «zur Verteidigung der Heimat gegen alle Anschläge der inneren und äußeren Feinde».

Genaue Zahlenangaben über die Kasernierte Volkspolizei sind schwer erhältlich. Jede von westlicher Seite genannte Zahl wird sofort von den Instanzen der Deutschen Demokratischen Republik bestritten, ohne daß diese Stellen aber bereit wären, nun ihrerseits genaue Angaben zu machen. Die letzten Angaben enthält das in der ersten Julihälfte dieses Jahres veröffentlichte Weißbuch der britischen Regierung. Darnach verfügt die deutsche Sowjetzone über 55 000 Mann Schutzpolizei, 12 000 Mann Sicherheitspolizei und 25 000 Mann Grenzpolizei. Für diese Gruppen trifft der Ausdruck Polizei zu. Darüber hinaus gibt es 80 000 bis 85 000

Mann umfassende Verbände, «Einheiten, die angemessenerweise als Militär angesehen werden sollten». Das Urteil des britischen Weißbuches ist sehr zurückhaltend. Obgleich die Angehörigen der zuletzt genannten Einheiten angeblich Freiwillige seien, würden bei der Rekrutierung «Zwangsmethoden angewendet, welche der Wehrpflicht gleichkommen». Im Gegensatz zu den westdeutschen Polizeikräften, die über eine leichte Bewaffnung verfügen, seien die sowjetzonalen Verbände schwer bewaffnet und u. a. mit Panzern ausgerüstet. Nach dem Weißbuch gibt es zwei Schützenkorps nach sowjetischem Vorbild, mit je zwei Infanterie- und einer motorisierten Division. Außerdem soll noch eine unabhängige motorisierte Division vorhanden sein. Die Verbände verfügen über 1300 Panzer- und Sturmgeschütze sowie über 1300 Feld-, Pak- und Flakgeschütze. Die sowjetzonale Seepolizei sei «dem Charakter nach eine Marine». Sie besitze eine Stärke von etwa 6000 Mann und verfüge über 30 kleine Minenräumer, Vorpostenboote und Hilfsfahrzeuge.

Bereits im Mai 1950 erklärte der damalige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, der verstorbene Kurt Schuhmacher, in einer Radioansprache: «Es gibt einen großen, ständig wachsenden militärischen Apparat. Er wird die Bereitschaftspolizei genannt. Der militärische Charakter der Bereitschaftspolizei hat dazu geführt, sie aus der allgemeinen Innenverwaltung im August 1949 herauszulösen, obwohl diese Innenverwaltung auch unter Kontrolle der sowjetischen Militäradministration stand...»

Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen der Bundesrepublik legte am 9. Oktober 1950 einen auf zuverlässige Angaben aufgebauten «Bericht über den Aufbau der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone» vor. Dieser Bericht gab als Gesamtstärke der Volkspolizeibereitschaften, der Volkspolizeischulen und der Grenzpolizei einen Bestand von 95 000 Mann an, zu denen noch etwa 100 000 Mann Transportpolizei, Kriminalpolizei, Verwaltungseinheiten und Betriebsschutz kommen. Die Angaben über Bewaffnung besagten, daß diese aus MG.s, SMG.s, Schnellfeuergewehren, Stalinorgeln (Salvengeschütze), Granatwerfern, Sturmgeschützen, Panzerspähwagen und Panzern (Typ Goliath und T 34) bestehen.

Am 21. Oktober 1950 erklärte ein Sprecher des britischen Außenministeriums, Großbritannien besitze «unwiderlegbare Beweise» dafür, daß ein Teil der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone praktisch eine Armee sei. Im Gegensatz zu den sowjetischen Behauptungen, welche den militärischen Charakter der Einheiten der Polizei bestritten, hätten 1500 Deserteure dieser Volkspolizei übereinstimmend ausgesagt, daß die 53 000 Mann starken Verbände tatsächlich gut ausgerüstete Heereinheiten unter der Führung früherer Wehrmachtsoffiziere seien. Diese Zahl weicht nicht stark ab von den Angaben des ehemaligen amerikanischen Außenministers Acheson auf einer Pressekonferenz in Washington am 25. Oktober 1950: «Nur in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat eine Remilitarisierung stattgefunden, wo die Fabriken für Osteuropa Waffen herstellen und 50 000 Soldaten organisiert, ausgebildet und mit Panzern und Artillerie ausgerüstet wurden.» Acheson stellte die Frage: «Wesentlichen sind diese Vorbereitungen getroffen worden?»

Jede vorstehend genannte Angabe wurde immer prompt dementiert. Auch die Feststellungen des britischen Weißbuches vom Juli riefen sofort ein Dementi des «Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR» hervor. Das Weißbuch wurde eine «Zusammenstellung von Fälschungen» genannt. Bekanntlich haben die Behörden der deutschen Sowjetzone lange Zeit versucht, die Existenz der bewaffneten Streitkräfte auf ihrem Gebiete zu verheimlichen. Aber mit dem Fortschreiten der Zeit, dem zunehmenden Umfang der kommunistischen Wehrmacht und der Werbung für die Einheiten, ließ sich dieses Verfahren nicht mehr durchführen. Die Sowjetzone ging dazu über, in ihren verschiedenen Erklärungen und Angeboten gegenüber der Bundesregierung die bewaffneten Kräfte als ein Kompen-

sationsobjekt im politischen Ringen anzubieten. Da bis zum heutigen Tage keine Angaben über Stärke und Bewaffnung der Kasernierten Volkspolizei von der Grotewohl-Regierung gemacht worden sind, wurde gesagt, daß man sich bei eventuellen Verhandlungen über die Stärke der beiderseitigen bewaffneten Kräfte einigen könnte.

Wie bereits erwähnt, urteilt das britische Weißbuch sehr zurückhaltend. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Offizierskorps der Kasernierten Volkspolizei bereits seit Jahren in sowjetischen Militärschulen, z. B. an der Wolga bei Samara, ausgebildet wird. Von dort aus erfolgt ein ständiger Zustrom ausgebildeter Kräfte. Die Ausbildung selbst erfolgt bis zur taktischen Führung einer Division. Unzweifelhaft werden auch die sowjetzonalen Militärkräfte bis in die unteren Einheiten (Kompagnie) von sowjetischen Offizieren kontrolliert, «beraten», d. h. de facto kommandiert. Auch die Bewaffnung wird vollständig vom sowjetischen Führungsstab bestimmt.

Die Zahlen, welche dem Westen über die Volkspolizei zur Verfügung stehen, schwanken. Es erscheint aber müßig, ob man eine Zahl von 100 oder 150 000 Mann oder weniger oder mehr annimmt. Für die Beurteilung einer militärischen Gruppierung dieser Art ist es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausschlaggebend, ob er eine größere oder kleinere Zahl bewaffneter Personen umfaßt. Entscheidend ist eine militärische Organisation, welche es erlaubt, in kurzer Zeit größere Massen von Menschen zu «verdauen» und sie aus Zivilisten in Soldaten umzuwandeln. Die deutsche Geschichte hat dafür ein Beispiel geliefert. Die Reichswehr der Weimarer Republik umfaßte 100 000 Mann. Diese Armee blieb während einer Epoche immer auf diese Zahl beschränkt. Das schloß aber nicht aus, daß der von einer militärischen Erziehung erfaßte Personenkreis dauernd wechseln konnte und die Zahl der tatsächlich militärisch geschulten Personen ständig zunahm. Die relativ kleine Armee der Weimarer Republik bildete ein System hochqualifizierter Kader, welche bei der Veränderung der politischen Situation im Januar 1933 als Basis großer Armeeverbände dienten. Einem ähnlichen Ehrgeiz huldigt die Volkspolizei. Der Führungsstab dieser Armee ist ein Amalgam ehemaliger Offiziere der Deutschen Wehrmacht, kommunistischer Spanienkämpfer, sonstiger Berufsrevolutionäre und neu herangezogener Jungmannschaft. Die Kraft, welche dieses Amalgam schuf und es eisern zusammenhält, sind die Sowjets.

Um die Entwicklung dieser militärischen Kräfte während der Zeit von 1945 bis heute zu verfolgen, müßte ein Buch geschrieben werden. Das Phänomen einer Armee, einer Luftwaffe, einer Marine in Ost- und Mitteldeutschland ist unbestreitbar. Es ist ebenso unbestreitbar, daß hier eine wirkliche militärische Kraft, wenn auch als Kaderorganisation, verwirklicht ist, während in der Bundesrepublik das Problem des Verteidigungsbeitrages an bis heute noch nicht gefallene internationale politische Entscheidungen geknüpft ist. Diese Tatsache wirft viel Licht auf den Wahrheitsgehalt der kommunistischen Propaganda gegen den «Militarismus» in der Bundesrepublik. Die Machthaber in der Sowjetzone Deutschlands besitzen keine Legitimation für eine solche Propaganda.

Gegenwärtig werden in den Großbetrieben und in den Oberschulen die Rekrutierungen für die Kasernierte Volkspolizei mit verstärkter Anstrengung fortgesetzt. Die Frage nach der Legalisierung dieser KVP steht und fällt mit der politischen Entscheidung über die deutsche Frage. Solange die Sowjets ihre Kampagne «für die Einheit Deutschlands» betreiben, werden sie nicht von einer «Wehrmacht der DDR» sprechen. Diese Kampagne schließt die verstärkte Militarisierung der Sowjetzone aber nicht aus, sie bedingt sie vielmehr.

Miles

Bericht aus Italien

Alcide De Gasperi

Italien trauert tieferschüttert um seinen großen Staatsmann der Nachkriegszeit. Wer diese schwierigen Jahre inmitten des italienischen Volkes erlebte, ermißt, welch wahrhaft heroische Leistung dieser Trientiner für sein Land vollbracht hat. Welche Entwicklung Italiens unter seiner Führung liegt zwischen jenem nicht fernen Tage, als De Gasperi 1946 in Paris die harten Friedensbedingungen der Alliierten stehend, sozusagen als Angeklagter entgegennahm, und seiner vor einem Jahre erfolgten Ernennung zum Präsidenten der europäischen Kohlen- und Stahlkommission beschlossen! Nur Westdeutschland hat eine noch stürmischere Erholung zu verzeichnen. Noch mehr als Adenauer hat De Gasperi jahrelang unter Anspannung all seiner Kräfte für die Wiederaufrichtung seines kriegsversehrten Landes, für den Ausbau und die Verteidigung der Demokratie, für die Rückgewinnung des nationalen Prestiges verbissen gekämpft. Sein tiefer Glaube an Gott und die Würde des Menschen gab ihm ungeahnte Kräfte zu seiner täglichen Sysiphusarbeit. In verleumderischer Weise versuchte ihn die marxistische Opposition bei den letzten Parlamentswahlen mit dem Zunamen «Kanzler» zu unglimpfen, unter Anspielung auf seine Zugehörigkeit zum österreichischen Parlament vor dem ersten Weltkrieg. Daß er dort die Italianität Trients zäh verteidigte und dafür sogar eingekerkert wurde, verschwieg sie wohlweislich und feige. De Gasperi mag Fehler begangen haben — welcher Mann der Tat beginne sie nicht? —, aber sein hervorragender, unbestechlicher Charakter, seine unerschütterliche Vaterlandsliebe, seine tiefe Religiosität erheben ihn nun nach Abstreifung alles irdisch Unvollkommenen in die Reihen der wahrhaft Großen Europas, um dessen Zukunft er bis in die letzten Stunden seines Lebens gebangt hat. Sollte unser zerrissener Kontinent doch noch die Kraft zum Zusammenschlusse finden, so kommt De Gasperi ein großes Verdienst daran zu. In seiner klaren, sachlichen, unrhetorischen Berglerart stand er uns Schweizern besonders nahe. Seine große Sympathie für unser Land dürfte weitgehend auf dieser Wesensverwandtschaft beruht haben. Noch ist es zu früh, die Folgen des großen Verlustes abzuschätzen; sie werden sehr weitreichend sein.

Immobilismo

Die beiden so verschiedenartigen Regierungschefs Eisenhower in Washington und Scelba in Rom können zum mindesten in einer Sache auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden: sie haben die in sie gesetzten Hoffnungen ihrer Freunde und Anhänger in den vergangenen Monaten z. T. arg enttäuscht. Wer die Entwicklung der italienischen Politik der letzten sechs Monate vorurteilsfrei verfolgt hat, kann zu keinem andern Urteil gelangen. An Stelle des markanten Dynamismus, der die Wiederaufbauperiode unter der Führung De Gasperis und noch Pellas gekennzeichnet hat, ist ein «immobilismo», eine Erstarrung getreten, die zum Temperament unseres südlichen Nachbarn in seltsamem Gegensatze steht. Was hat diese peinliche Situation hervorgerufen?

Die Hauptschuld daran trägt ohne Zweifel der Wahlausgang der vorjährigen Parlamentswahlen. Der knappe Sieg der demokratischen Wahlallianz und das darauffolgende Gezänke unter den vier Wahlpartnern verunmöglichten die Schaffung einer aktionsfähigen Mehrheit in Kammer und Senat. Die vier Regierungsparteien werden mehr durch die gefährliche Bedrohung von rechts und links als durch ihr gemeinsames Bekenntnis zur Demokratie zusammengehalten. Bei geheimen Abstimmungen stimmen nicht selten zehn bis zwanzig Abgeordnete der Regierungskoalition gegen die Vorschläge der Regierung, so daß sie schon einige

Male in Minderheit versetzt wurde. Diese Indisziplin ist um so bedenklicher, als sie sich vor allem in der demokratischen Massenpartei selbst, der Democrazia Cristiana, dem Grundpfeiler der italienischen Demokratie, breitmacht und ihr Gefüge erschüttert.

Parteikongreß der Democrazia Cristiana

Keine Parteitagung der vergangenen Jahre dürfte für die politische Entwicklung des ganzen Landes von so großer Bedeutung gewesen sein wie der im Juni in Neapel abgehaltene Landeskongreß der D. C. Von den drei sich dort bekämpfenden «correnti» (Tendenzen) trug die Richtung Fanfani gegen den rechten Flügel unter Pella und Andreotti und die linke Parteiopposition unter Gronchi, der seinen Traum einer Aktionsgemeinschaft mit den im kommunistischen Fahrwasser segelnden Nenni-Sozialisten immer noch nicht ausgeträumt hat, einen eklatanten Sieg davon, der in der Wahl Fanfanis zum Parteisekretär sichtbaren Ausdruck fand. Man hätte sich darüber freuen können, denn der junge toskanische Feuerkopf, der dem großen Nachkriegswohnungsbauprogramm seinen Namen gegeben hat, verbürgte die Durchführung weitgehender Sozialreformen bei gleichzeitiger Kampfansage an den Kommunismus, ein Doppelprogramm, das auf die Zustimmung aller vernünftig denkenden Kreise rechnen darf. Leider aber fahren in seinem Gefolge einflußreiche Heilsapostel, wie La Pira u. a. m., die in zwar wohlgemeinter Verblendung durch demagogische Umtreibe gefährliche Scheinerfolge zu erhaschen wissen, wofür dereinst eine teure Rechnung zu begleichen sein wird. Zudem hat der Erfolg Fanfanis in Neapel eine Flut von Ressentiments persönlicher und parteipolitischer Art ausgelöst, die eine schwere Hypothek bedeuten. Er wird den Beweis noch zu erbringen haben, daß auch er etwas von der großen Vermittlergabe De Gasperis besitzt, dem es seit dem Ende des zweiten Weltkrieges immer wieder gelungen ist, die Einheit der Partei und damit der Demokratie überhaupt trotz enormen internen Spannungen zu retten. Nur wenn Fanfani diese ungemein schwierige Aufgabe gelingt, wird sein großer persönlicher Erfolg nicht ein Pyrrhussieg sein.

Schwieriges Regieren

Wir beneiden das römische Regierungsteam wahrlich nicht um seine Minstersessel, denn die Geschickte Italiens bei der gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Konstellation zu lenken, dürfte zu den undankbarsten Ämtern gehören, die auf unserm Kontinent zu finden sind. Die planmäßige, sture Obstruktion der Linksopposition — von den gelegentlichen Rückenschüssen aus den eigenen Reihen ganz abgesehen — sabotiert weitgehend die parlamentarische Tätigkeit der Kammer und des Senates. Hunderte von Gesetzesprojekten harren z. T. seit Jahren ihrer Behandlung. Es ist nicht erstaunlich, daß das Ansehen des Parlamentes in Italien wieder auf einen Tiefpunkt gesunken ist wie zu Zeiten des Faschismus. Der Großteil der Bevölkerung, auch der nicht-marxistisch eingestellten, scheint sich über die Gründe dieses bedauerlichen Resultates der legislativen Tätigkeit seiner Abgeordneten ein ganz falsches Bild zu machen. Statt die Schuldfrage abzuklären, schüttet man das Kind mit dem Bade aus. Immer häufiger hört man den resignierten Satz: wir Italiener sind für die Demokratie noch nicht reif, oder eignen uns überhaupt nicht dafür. Als ob es sich um etwas handle, das einem Volke fix und fertig in die Wiege gelegt wird!

Zwei Ereignisse kommen der Regierung unverdienterweise zugut: Die Spaltung der Monarchisten in zwei Parteien, wodurch der Oppositionsdruck von rechts vermindert wird, indem Lauro und seine Anhänger nun zum mindesten fallweise für die Regierung eintreten, statt wie bis anhin prinzipiell gegen sie zu stimmen, und die bevorstehende Lösung der

Triestiner Frage.

Zwar sind bei Abfassung dieser Zeilen die definitiven Abmachungen immer noch nicht publiziert worden, aber man scheint nun doch endlich einer Vernunftlösung so nahe gekommen zu sein, daß neue Komplikationen in jenem adriatischen Wetterwinkel unwahrscheinlich sind. Das Wunderrezept besteht darin, daß man den gegenwärtigen Zustand beidseitig anerkennt, d. h. Italien die Zone A, Jugoslawien die Zone B mit ganz kleinen Grenzkorrekturen zuschlägt. Um beiden Parteien die bittere Pille zu versüßen, anerkennen sie es bloß als provisorische Lösung, wohl wissend, daß dieses Provisorium zu einem Definitivum wird, es sei denn, weltpolitische Revirements schaffen ein ganz anderes Kräfteverhältnis. Man muß den Italienern im allgemeinen und den Triestinern im besondern dafür dankbar sein, daß sie in dieser Sache westeuropäische Interessen ihrem nationalen Prestige vorangestellt haben. Für die adriatische Hafenstadt dürften nach Abzug der alliierten Besatzungstruppen schwierige wirtschaftliche Zeiten im Anzuge sein.

E. V. G.

Der Vertrag hat bereits die Zustimmung der verschiedenen parlamentarischen Kommissionen gefunden, so daß mit seiner Gutheißung durch Kammer und Senat, wenn auch nach härtestem Kampf mit Links- und Rechtsopposition, gerechnet werden durfte. Wie die Lage nach dem Ausgang der Brüsseler Konferenz nun sein wird, kann heute nicht prophezeit werden. Infolge der traditionell starken Rückwirkung der politischen Ereignisse Frankreichs auf Italien liegen bedeutsame Evolutionen durchaus im Bereiche der Möglichkeit.

Lichtblicke im Wirtschaftsgebiet

Im Gegensatz zur unerfreulichen politischen Lage kann der wirtschaftliche Sektor Günstigeres melden: Der totale Industrieerzeugungsindex steht für das erste Halbjahr 12% über dem entsprechenden Vorjahrssemester, wobei allerdings die diversen Sparten sehr unterschiedliche Zunahmen aufweisen: bei den Nahrungs- und Genußmitteln 4%, bei den Textilien 5%, bei den chemischen Produkten sogar 31%! Der Import hat sich im gleichen Zeitraum um 1½%, der Export aber um volle 10% gegenüber dem Vorjahr gehoben, so daß das Semesterdefizit der Handelsbilanz von 282 auf 254 Mrd. Lire gefallen ist. Noch bedeutender dürfte die Verbesserung bei der Zahlungsbilanz wegen des ständig steigenden Touristenverkehrs, der Vermehrung der See- und Luftflottenerträge u. a. m. sein. Bei der E.Z.U. allerdings verschuldet sich Italien jeden Monat um weitere ca. 20 Mio Dollars; sein Passivsaldo hat erneut die 200 Mio Dollar-Grenze erreicht.

Das Land setzt große Hoffnungen auf die Petrolfunde bei Ragusa in Sizilien, doch dürften solche auch im günstigsten Falle nur ca. 50% des gegenwärtigen Jahreskonsums von 6 Mio Tonnen decken können. Von weit größerer Bedeutung ist die Erdgasausbeute in Norditalien. Die gegenwärtige Tagesproduktion von ca. 3 Mio m³ Methangas versorgt durch ein Leitungsnetz von ungefähr 4000 km Länge schon zu einem bedeutenden Prozentsatz den Energiebedarf des Hauptindustriegebietes Italiens. Eine Ausdehnung nach der Toskana ist projektiert.

Die Straßenmotorisierung nimmt sprunghaft zu: im ersten Semester ca. 140 000 Stück Autos, Motorräder und Roller gegenüber ca. 110 000 im Vorjahr. Um so unbegreiflicher ist die kürzlich dekretierte weitere Erhöhung der Fahrsteuer, nachdem ja Italien ohnehin das Land der höchsten Benzinpreise ist. Mit dem Mehrertrag soll der Bau, bzw. Ausbau von Autostraßen finanziert werden. Vorgesehen ist die Konstruktion einer hochmodernen Autobahn von Mailand über Florenz nach Rom.

Die Elektrizitätsproduktion ist in der ersten Jahreshälfte auf ca. 16 $\frac{1}{2}$ Mrd kWh gegen ca. 15 Mrd im entsprechenden Vorjahresabschnitt angewachsen.

Soziale Besserstellung

Die wirtschaftliche Expansion bedeutet für die weitesten Bevölkerungskreise eine Einkommensteigerung, die wiederum den Konsum hebt. Dazu kommen noch die ca. 80 Mrd Lire zusätzlicher Lohnsumme, worauf sich die nichtmarxistischen Gewerkschaften nach langen Verhandlungen mit dem nationalen Industriellenverband geeinigt haben. Die kommunistisch orientierte CGIL läuft seit Monaten mit wilden Streiks Sturm gegen diese Abmachung, doch scheint der Erfolg dieser Sabotageaktionen nicht durchschlagend zu sein. Immerhin verhindert sie das Aufkommen jener so dringend notwendigen Vertrauensstimmung, welcher das Land zur Lösung so vieler Aufgaben bedarf. Nicht nur die Arbeitnehmer werden einsehen müssen, daß Eigen- und Fremdkapital den Weg in die Industrie nur dann in größerem Ausmaße finden werden, wenn der Wirtschaftssektor weitgehend entpolitisiert wird, sondern auch jene junge Generation der Democrazia Cristiana, die heute einem gefährlichen Staatsinterventionismus verschworen ist. Ist es nicht beinahe eine Ironie, wenn das Banner vernünftigen wirtschaftlichen Liberalismus' in der größten demokratischen Partei Italiens heute vom greisen Priester Don Sturzo getragen wird?

Peregrinus

Der 6. Deutsche Evangelische Kirchentag in Leipzig

Leipzig, die Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs, bekannt durch eine harte Auseinandersetzung zu Beginn der Reformation, die Leipziger Disputation des Jahres 1519, ist durch ein neues Ereignis in die Kirchengeschichte eingegangen. Am 11. Juli 1954 versammelte sich auf der Rosentalwiese eine Menschenmenge von 500 000 Christen — nach einer andern Schätzung sollen es sogar 600 000 gewesen sein. Es ist dies die größte Kundgebung in der Geschichte der evangelischen Kirche. Massenkundgebungen unter dem sowjetischen Regime sind nichts Besonderes. Unter dem Druck der Regierung kommen sie überall mehr oder weniger leicht zu stande. Hier aber sammelte sich die riesige Schar in restloser Freiwilligkeit. Es war keine Masse, sondern Gemeinde Jesu Christi. Es war eigentlich auch keine Kundgebung, sondern ein Gottesdienst im Freien, wo nochmals die zentrale Botschaft des Kirchentages ausgerichtet wurde: «Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, beharrlich im Gebet» (Röm. 12, 12). Die nur vom hoch errichteten Kreuz her übersehbare Gemeinde sang und betete aus einem Munde. Die Lautsprecher standen diesmal ganz im Dienste Jesu Christi. Bis weit in die Stadt hinein drangen die Bläserrufe des Posaunenchors.

Niemand konnte sich im unklaren sein, worum es hier ging. Die roten Fahnen am Bahnhofplatz waren durch weiße Flaggen mit violettem Christuskreuz ersetzt worden. Ein großes Plakat mit zwei singenden Knaben gab Auskunft: Deutscher Evangelischer Kirchentag in Leipzig vom 7.—11. Juli 1954. Da und dort waren auch in den Auslagen der Schaufenster Miniaturkirchenfahnen aufgestellt worden. Was anderswo als religiöser Kitsch gewertet worden wäre, war hier ein Zeugnis für Jesus Christus. Auf großen Plätzen waren Glockenstühle erstellt worden, deren Glocken in bestimmten Zeitabständen von den Ordnern des Kirchentages, ja sogar vereinzelt von Volkspolizisten gezogen wurden. Politische Spruchbänder waren an vielen Orten verschwunden — sie waren dennoch in für uns Schweizer kaum erträglichem Maße vorhanden. Der Kirchentag antwortete aber nicht mit christlichen Gegensprüchen. Die Bevölkerung ist abgestumpft auf solche Propaganda.

Dafür kamen die christlichen Symbole zu ihrem Recht, die an den Versammlungsstätten die Zahlen des wirtschaftlichen Fortschrittes zu überdecken hatten: Das Christuskreuz, das Kreuz auf der Erdkugel als Zeichen der Jungen Gemeinde, der Anker als Zeichen der christlichen Hoffnung, das Schifflein mit dem Christusmonogramm, die Taube als Sinnbild für den Heiligen Geist. Der Gegensatz zwischen den beiden Welten kam am krassesten in der fünfschiffigen Halle des tempelähnlichen sowjetischen Pavillons zum Ausdruck. In der Vorhalle steht eine wuchtige 10 Meter hohe Statue Stalins, gegenüber aber, am Ende der Hauptallee, erhob sich ein riesiges Holzkreuz.

Christus wird verkündet im Osten und im Westen. Die einzelnen Gemeinden dieses Christus gehören zusammen, wo auch immer sie sich befinden. Für die christliche Gemeinde darf es keine Trennung geben. So wurde die in der Politik viel propagierte Forderung «Deutsche an einen Tisch» hier im christlichen Bereich zur Wirklichkeit. Auch die Ökumene war durch viele Gäste aus allen fünf Erdteilen vertreten. Aber das große Erlebnis war diesmal, daß die so schmerzlich getrennten Deutschen sich hier für einige Tage endlich einmal *gemeinsam* um das Wort Gottes scharen durften. Dieses Wort leuchtete hinein in die verschiedenen Problemkreise, die in den Arbeitsgruppen zur Sprache kamen, in die Fragen der Kirche und Gemeinde, der Familie und Erziehung, der Arbeit und Wirtschaft, des Dorfes und der Landwirtschaft, der Großstadt und Siedlung.

Zum Kirchentag gehörte ein großartig angelegtes Kulturprogramm. Auch die Kultur soll in den Dienst der christlichen Gemeinde treten. Wie kaum anderswo hungert die Gemeinde im Osten nach dem Zeugnis der Kunst. Allem voran stand die Kirchenmusik, von der man sich beinahe zu jeder Tag- und Nachtstunde packen lassen konnte. Sie gipfelte in der Aufführung der Johannes-Passion von Bach durch den Thomanerchor unter der Leitung von Günther Ramin. In der Ausstellung «Gemeinde am Werk», in der auch unser Landsmann Willy Fries Bilder zeigte, waren beachtliche künstlerische Leistungen zu sehen. Viele Dichter lasen aus ihren Werken. Unter ihnen war auch Rudolf Alexander Schröder zu finden, dessen Lied «O Christenheit, sei hoch erfreut» auf Wunsch der Gemeinden im Osten als Kirchentagslied täglich in den Arbeitshallen, in den Gottesdiensten, aber auch in den überfüllten Straßenbahnwagen angestimmt wurde. Wie jedes Jahr beeindruckten die verschiedenen Laienspiele, die von etlichen Gruppen des Ostens einstudiert worden waren. Erstmals bekamen die Brüder im Osten auch gute christliche Filme zu sehen, wie etwa «Station Afrika» und «Die Nachtwache».

Der Kirchentag 1954 bedeutet für die Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik eine gewaltige Stärkung. Es gehört zum Wesen der Kirche, nicht in der Isolierung zu leben. Allen politischen Trennungen zum Trotz war es hier möglich geworden, gemeinsam zum Abendmahlstisch zu treten, vor dem allein eine wirkliche Einigung zustande kommt. In all seiner Armut war der Osten dieses Mal nicht der Bettler, sondern der Gastwirt und ist gerade dadurch selbst reich beschenkt worden.

Hans Bühler

Der theologische Nachwuchs und die sozialen Probleme

An der Universität Heidelberg ist vor kurzem das *Diakonie-wissenschaftliche Institut* gegründet worden. Es stellt eine Stiftung dar, an der die Evangelische Kirche in Deutschland, der Central-Ausschuß für die Innere Mission, die für Heidelberg zuständige Badische Landeskirche und der Badische Landesverband der Inneren Mission beteiligt sind. Die vier Stifter haben der Universität Heidelberg,

der ältesten Hochschule Deutschlands und gleichzeitig der Stätte der heute größten Theologischen Fakultät — Heidelberg hat nahezu 500 evangelisch-theologische Studenten —, das fertig ausgestattete Institut unter der Voraussetzung übergeben, daß die Universität die laufenden Kosten des Instituts in ihren ordentlichen Haushaltplan übernimmt.

Die Vorlesungen und Übungen des Instituts vollziehen sich nach einem Lehrplan, der während der Zeit von vier Semestern die Studenten mit je fünf Wochenstunden in Anspruch nimmt. Es handelt sich also nicht um ein neues Studium, sondern um eine Zusatzausbildung, die nicht nur Theologen, sondern den Hörern aller Fakultäten offen steht. Die Gegenstände sind so ausgewählt, daß der Student im Laufe von zwei Jahren einen Rundgang durch sämtliche Teilgebiete der sozialen und caritativen Arbeit der Kirche zurücklegt. Neben einer Vorlesung über die Geschichte der christlichen Liebestätigkeit steht eine andere über die Arbeitsgebiete und -methoden der öffentlichen Wohlfahrtspflege; neben einer Übung über Probleme der offenen Fürsorge steht ein Seminar über das Anstaltswesen, die geschlossene Fürsorge und die Aufgaben des Anstaltsleiters. Andere Vorlesungen gelten dem Problem der sozialen Sicherung, der Sozialmedizin und der Sozialpädagogik. Die Dozenten entstammen durchweg dem weiten Umkreis der praktischen Arbeit. Unter ihnen sind einige, deren Name als der eines ausgezeichneten Sachkenners in Deutschland einen guten Klang hat.

Die Idee des Instituts leuchtet ohne weiteres ein: den jungen akademischen Nachwuchs mit den sozialen Problemen und mit der Verantwortung bekannt zu machen, welche die christlichen Kirchen ihnen gegenüber zu tragen haben. Je schwieriger die sozialen Verhältnisse werden, je tiefer der Staat als «Wohlfahrtsstaat» in ihre Gestaltung eingreift, um so weniger genügt allein das warme Herz, um Nächstenliebe, Samariterpflicht und tätiges Christentum in fruchtbarer Weise zu äußern. Gerade unter den jungen Pfarrern war die Klage laut geworden, daß sie mancherlei gut fundierte Kenntnisse haben sollten, um in die soziale Not ihrer bedrängten Gemeindeglieder eingreifen zu können. Der große Zustrom der Flüchtlinge hatte gerade bei den Besten unter den jungen Geistlichen diese Klage ausgelöst. Doch wird auch im Rahmen des Fürsorgewesens die Ausübung einer sozialen Hilfe immer schwieriger. Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer Neuordnung des Systems der sozialen Sicherung, in dem sich zwischen den Bismarckschen Sozialgesetzen und dem Lastenausgleichsgesetz mancherlei verschoben und verändert hat. Von den Pfarrern gerade in sozial gefährdeten Gebieten sollte man einige Kenntnis jener Probleme erwarten, von denen Zukunft und Alter der Gemeindeglieder ganz und gar abhängen.

Im übrigen gibt es kaum noch eine Anstalt der geschlossenen Fürsorge, die nicht auch schon ihre wirtschaftliche Verwaltung einem akademisch ausgebildeten Volkswirt übergeben hätte, ganz zu schweigen von den an ihr tätigen Ärzten, von denen ebenfalls eine innere Beziehung zu dem Geist der Anstalt und den dort wirksamen seelischen und religiösen Kräften erwartet wird. Es gibt kaum einen Ausbildungsgang an der Universität, für den sich nicht auch im Umkreis der modernen Liebesarbeit der Kirche manches Tätigkeitsfeld finden würde.

Ein *katholisches Gegenstück* zum Diakonie-wissenschaftlichen Institut in Heidelberg gibt es seit 1923 an der Universität Freiburg i. Br. Dort, wo sich auch die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes befindet und eine ausgezeichnete, wahrhaft umfassende Fachbücherei vorhanden ist, ist das Caritas-wissenschaftliche Institut wohl am Platze. Die Ausbildungspläne sind ähnlich. In beiden Fällen handelt es sich darum, junge Glieder und Diener der christlichen Kirche mit den Kenntnissen auszurüsten, deren sie bedürfen, wenn sie sich praktisch in den Dienst dieser Kirche stellen wollen.

Herbert Krimm